

Bundeswehr und Schulen: Ein zögerlicher Dialog über Sicherheitspolitik

Jugendoffiziere in Bremen werden selten von Schulen angefragt, während andere Städte Verstärkung erleben. Kritik und Ursachen im Überblick.

Die Bedeutung der politischen Bildung in Bremens Schulen

Die Nachfrage nach Jugendoffizieren zur politischen Bildung ist in Bremen auffällig gering. Hauptmann Florian Kröger, ein Jugendoffizier beim Landeskommmando Bremen, berichtete, dass er in diesem Jahr lediglich zweimal angefragt wurde, um über Sicherheitspolitik zu referieren. Diese niedrigen Zahlen werfen Fragen über das Engagement und das Interesse der Bremer Schulen an sicherheitspolitischen Themen auf.

Schülerinteresse zeigt sich in der Praxis

Obwohl die Anfragen aus Schulen fehlen, zeigt sich das Interesse bei einzelnen Veranstaltungen. So erreichte Kröger in Lilienthal im April mehr als 100 Schüler bei einem Podiumsgespräch. Diese Begegnungen ebnen den Weg für eine breitere Diskussion über wichtige Themen wie den Ukrainekrieg und die Wehrpflicht.

Politische Bildung oder Einflussnahme?

Das Thema politische Bildung wird jedoch kontrovers diskutiert.

Kritiker, wie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), argumentieren, dass Jugendoffiziere partielle Informationen über militärische Interventionen liefern, während alternative Ansätze zur Konfliktlösung vernachlässigt werden. GEW-Landessprecherin Ramona Seeger fordert dazu auf, dass die politische Bildung von ausgebildeten Fachleuten vermittelt werden sollte.

Kritik am Kooperationsvertrag

Die Skepsis gegenüber einem Kooperationsvertrag zwischen Schulen und der Bundeswehr ist in Bremen groß. Während andere Bundesländer solche Verträge bereits implementiert haben, lehnen die Bremer Parteien SPD, Grüne und die Linke diese Zusammenarbeit ab. Sie argumentieren, dass die Bundeswehr nicht die neutrale Instanz ist, die sie für die politische Bildung sein sollte.

Verantwortlichkeit der Schulen

Laut dem Bildungsressort liegt die Entscheidung, ob Schulen die Angebote von Jugendoffizieren annehmen, in der eigenen Verantwortung der Schulen. Diese Regelung soll sicherstellen, dass Schüler nicht indoktriniert, sondern in die Lage versetzt werden, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Der Beutelsbacher Konsens, der diese Praxis leitet, fordert eine kontroverse Darstellung der Themen wie z.B. Einsatz von Soldaten im Ausland.

Herausforderungen in der Praxis

Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und der Bundeswehr wird auch durch organisatorische Probleme erschwert. Fregattenkapitän Thomas Krey weist darauf hin, dass frühere Regelungen für gemeinsame Besuche von Bundeswehrvertretern und Friedensbewegung oft an kurzfristigen Absagen scheiterten. Im neuen Koalitionsvertrag

fehlen solche Regelungen wiederum, ohne dass sich die Rahmenbedingungen bislang geändert hätten.

Fazit: Das Bild der politischen Bildung in Bremen

Die Situation in Bremen zeigt einen deutlichen Unterschied zu anderen Bundesländern, in denen Kooperationen mit der Bundeswehr gängige Praxis sind. Das schwache Interesse von Schulen an den Angeboten von Jugendoffizieren könnte langfristig die politische Bildung und das Verständnis für sicherheitspolitische Themen der Schüler beeinträchtigen. Ein Umdenken könnte nötig sein, um das notwendige Wissen und das kritische Bewusstsein in der Jugend zu fördern.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de